

Delegiertenversammlung des VFB richtet Resolution an die Justizminister

## Nein zu Fremdinvestoren

Als Dachverband von 34 Organisationen der Freien Berufe fordert der Verband Freier Berufe in Bayern (VFB) gesetzliche Regelungen im Berufsrecht, um Fremdinvestoren, die ausschließlich Kapital einbringen, von der Gründung und dem Betrieb von Niederlassungen der Freien Berufe auszuschließen. Dazu zählen Arzt- und Zahnarztpraxen, Anwalts- und Steuerkanzleien, Apotheken, Ingenieur- und Architektenbüros und andere.



*Das Präsidium des Verbandes Freier Berufe in Bayern: Dr. Bruno Waldvogel, Prof. Dr. Hartmut Schwab, Dr. Markus Beck, Eva Maria Reichart, Christian Schnurer, Dr. Thomas Kuhn, Franziska Scharpf, Alexander Lyssoudis, Michael Schwarz (nicht auf dem Foto: Karlheinz Beer)*

Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht vor Mandanten-, Patienten- oder Kundeninteressen stehen, heißt es in der Resolution, die die Delegiertenversammlung des VFB in München einstimmig verabschiedet hat. Die Resolution ist sowohl an das Bayerische Staatsministerium der Justiz als auch an das Bundesjustizministerium adressiert und mit der Forderung verknüpft, für entsprechende Regelungen im Berufsrecht der verkammerten und nicht verkammerten Freien Berufe zu sorgen.

Michael Schwarz  
VFB-Präsident



### EDITORIAL

Fachkräftemangel, Fremdinvestoren, Nachwehen der Pandemie, Ukraine-Krieg – die Herausforderungen für die Freien Berufe sind im neuen Jahr nicht weniger geworden. Aber wir haben auch Antworten darauf: Mit der Unterstützung von Gründerinitiativen stärken wir Engagement, das die Krisenresistenz der Freien Berufe auszeichnet. Der Bundesverband ergänzt mit einer vorbildlichen Kampagne, Frauen in Freien Berufen zur Existenzgründung zu motivieren. Und wir sitzen der Politik im Nacken: Wir brauchen mehr Unterstützung bei der Digitalisierung, weniger Bürokratie, eine Stärkung kleiner Strukturen. Dass immer mehr Fremdinvestoren Einzug in medizinische »Versorgungszentren« halten, berührt fundamentale Werte der Freiberuflichkeit. Mit unserer Resolution formulieren wir eine klare Forderung: Freie Berufe dürfen nicht Verfügungsmasse von Kapitalinteressen sein, ihre Gemeinwohlverpflichtung von Renditeansprüchen untergraben werden. Unsere Kunden, Patienten und Klienten sind keine Wertschöpfungsobjekte. ●